

Rede des Vorsitzenden des Kreisverbandes, Felix Thier, auf der Gesamtmitgliederversammlung am 26. November 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu Beginn möchte ich mit einem kleinen Beispiel bzw. den Worten Gregor Gysis verdeutlichen, wie sich die Lage vor Ort in der Ukraine darstellt. Gregor berichtete, dass er vor einigen Wochen für mehrere Tage im Kriegsgebiet war. Wohlgermerkt für mehrere Tage, nicht nur für ein paar Stunden zur Stippvisite und zum medienwirksamen Fotoshooting, wie so manch andere Politikerinnen und Politiker. Dort kam er u. a. auch mit einem Bürgermeister eines Vorortes von Kiew ins Gespräch. Auf die Frage, was denn nun vor Ort am nötigsten gebraucht werde, antwortete ihm der Bürgermeister Betonmischer, Bus und Traktor. Mit dieser Information wandte sich Gregor an Wirtschaftsminister Habeck von den Grünen mit der Frage, wie denn dieses Material schnellstmöglich in die Ukraine zu bekommen sei. Aus dem Ministerium kam von der Staatssekretärin daraufhin die Antwort, dafür sei kein Geld da und keine Strukturen vorhanden. Aber um immer noch mehr Waffen in das Kriegsgebiet zu bekommen, dafür ist alles da?! Zum Töten gibt es also Logistik und Wege, zum Wiederaufbau und für die Infrastruktur aber nicht. Wie kann das sein? Oder ist es am Ende gar gewollt?

Insbesondere die Grünen haben sich die wertebasierte Außenpolitik auf die Fahne geschrieben. Aber dann machen sie den Kniefall auf der arabischen Halbinsel vor Despoten und Mördern. Ich erinnere an die dortige Menschenrechtslage, an den Mord am Journalisten Jamal Khashoggi, an den von Saudi-Arabien geführten Krieg im Jemen, und, und, und. Und das alles nur, um fossile Energie zu bekommen, statt endlich die Erneuerbaren Energien zu forcieren! Wo ist denn nun diese Ökopartei in der konkreten Politik? Stattdessen machen sie uns von einem Verbrecher zum nächsten abhängig! Und dann setzen diese Grünen auch noch weiter auf Atom und Kohle – die Grünen!

Das ist heuchlerisch. Und dies zeigt sich auch an der grünen Wahlkampfplüge „Keine Waffen in Kriegsgebiete!“ Nur wenige Monate später war das wiederlegt. Ich finde es bemerkenswert, dass Deutschland immer dann in internationalen Konflikten und Kriegen mitmischt, Stichwort Jugoslawien, wenn die „Friedenspartei“ der Grünen mitregiert. Es zeigt aber am Ende vermutlich auch nur, wie machtgeil und damit biegsam die Grünen sein können.

Aber auch die SPD kommt als maßgebliche Regierungspartei nicht gut weg. Ein Bundeskanzler, der einen handfesten Steuerskandal in Hamburg an der Backe hat und das irgendwie auszusitzen versucht, ist doch nicht souverän! So einen Fall hätte sich mal ein LINKER trauen sol-

len – gelyncht worden wäre er durch Politik und Medien! Der Kanzler jedoch hat „Erinnerungslücken“. Bei so viel Erinnerungslücken muss man ja ernsthaft seine Regierungsfähigkeit infrage stellen. Wenn jemand nicht mehr weiß, was er vor einiger Zeit an maßgeblichen Gesprächen und Problemen auf dem Tisch hatte, dann sollte er nicht eine der größten Volkswirtschaften und mächtigsten Staaten dieser Erde führen.

Aber auch der kleinste der Regierungspartner glänzt nicht mit Kompetenz. Finanzminister Lindner von der FDP kann ja nach wie vor keine Übergewinne erkennen. Oder ist er einfach nicht willens dazu? Wenn wohl eines auf der Hand liegt, dann, dass in den letzten Monaten gerade die Energiekonzerne massiv Gewinne über dem Plan eingefahren haben. Und das in Milliardenhöhe! Und wenn eine Branche in den letzten Monaten erst recht so richtig gut verdient, dann war das ja wohl die Rüstungsindustrie! Da sollte der Finanzminister mal ran und Geld abschöpfen! Stattdessen freut er sich über das satte Steuerplus in Milliardenhöhe, verursacht durch die immer weiter steigenden Preise und die damit durch uns alle zu entrichtende Mehrwertsteuer. Und nicht einmal diesen Zusatzgewinn ist die Regierung bereit, in Größenordnung als Entlastungspakete an uns als Bevölkerung zurückzugeben!

Soweit zu dieser Regierung. Und die Opposition? Nun, CDU und CSU hacken lieber wieder einmal auf den Schwächsten rum, zu erleben bei der jüngsten Hartz-IV-Reform, genannt Bürgergeld. Da wird misstraut, Sozialbetrug unterstellt, weiter auf Gängelung gesetzt und Missgunst und Neid in der Bevölkerung geschürt. Als ob die Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger mit ihrem bisschen Geld im Luxus schwelgen würden, auf den man neidisch sein sollte. Sei es drum, es wird trotzdem munter gepöbelt und unterstellt, nur um nicht einen Deut zu viel an Verbesserung für die Bedürftigen zu ermöglichen.

Und die Erhöhung bzw. Einführung des Bürgergeldes? Nun, ein richtiger, aber viel zu kleiner Schritt. Was bringen denn ein paar Euro mehr mit Blick auf die davon galoppierende Inflation? Wer nun gut 50 Euro mehr bekommt, legt das locker im Monat an der Tankstelle und bei Lebensmitteln wieder aus. Da bleibt kein Cent mehr in der Tasche. Und selbst, wenn von einem Sozialbetrug in unterstellter Millionenhöhe ausgegangen wird, Kampfbegriff „soziale Hängematte“ – was ist denn eigentlich mit dem Betrug am Staat, genannt Steuerflucht?! Und das in Milliardenhöhe! Dieses Land hat ein Gerechtigkeitsproblem, aber ein massives, sage ich!

Und dann die AfD. Die ist damit auffallend, dass sie am liebsten Putin die Stiefel küsst. Und deren einzige Antwort auf die aktuelle Krise ist, Nord-Stream zu öffnen. Als ob damit der Krieg in Europa zu Ende wäre! Aber dann machten wir uns in welcher Form von Putin erpressbar?

Aber ich möchte nicht missverstanden werden: sich nun bei der Energie (wieder) abhängig zu machen von den USA, Stichwort Flüssiggas dank Fracking-Gas, macht es ja nicht besser. Setzen wir doch endlich einmal konsequent auf die Erneuerbaren Energien und die Weiterentwicklung von Speichertechnologien. Aber Bayern schreit lieber nur nach Strom und will kein einziges Windrad. Und wir im Osten schlucken die Windräder in unserer Landschaft – und zahlen noch beim Strompreis oben drauf!

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben die Themen auf dem goldenen Tablett vor uns. Kosten deckeln, das Öffentliche stärken. Das Geld ist da, eine Million Einkommensmillionäre in Deutschland zeugen davon! Fordern wir noch lauter Gerechtigkeit, kommen wir doch endlich einmal zum umverteilen und zu echter Solidarität in Deutschland!

Das ist die große Politik. Und hier bei uns im Kreis? Ist alles chic? Wir bewegen uns auch in Teltow-Fläming im Kontext der Krise. Im Kreistag besprechen wir aktuell den Haushaltsplan für 2023. Zielstellung von Kornelia Wehlan als Landrätin ist es, niemanden zurückzulassen und die Kreisumlage stabil zu halten. Dafür werden wir die Rücklage des Landkreises annähernd aufzehren. Ja, der aktuelle Entwurf des Haushaltes ist auf Kante genäht und alle hoffen, keine neuen Baustellen zu bekommen. Allein der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei uns im Landkreis könnte einen Fehlbetrag von bis zu zehn Millionen Euro verursachen! Verantwortungsvolles Handeln und Umsicht bei den Finanzen wären also schon allein aus einem Verantwortungsbewusstsein heraus angeraten. Aber die SPD kommt mit weiteren Ausgabenwünschen und will aus dem Vollen schöpfen. Ohne zu sagen, wo das Geld herkommen soll. Aber im Land sitzt die dort regierende SPD auf dem Geldsack und verweist nur auf den Bund.

Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, 30 Jahre SPD in Brandenburg sind so etwas von zu viel! Die SPD hat fertig, abgewirtschaftet und gehört endlich mal auf die Oppositionsbank. Und wenn sie da mal sitzen, so wie hier in Teltow-Fläming nach zwei verlorenen Landratswahlen in 2013 und 2021, ziehen sie immer noch ihre Strippen und schießen quer. Aber eines verspreche ich euch: nicht mit uns, nicht mit Konni, nicht mit mir. Ich sage: hier war DIE LINKE, hier ist DIE LINKE und hier bleibt DIE LINKE!

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, dafür brauchen wir euch alle, wir alle sind das Gesicht der LINKEN, unserer Partei. Wir müssen bei den Leuten sein, für diese da sein, wieder Kümmererpartei sein. Dazu gehört auch, Protest zu zeigen gegen die herrschende Politik. Ungerechtigkeiten zu benennen, Änderungen aufzuzeigen. Stehen wir an der Seite der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wenn sie in Ludwigfelde für bessere Löhne streiken. Stehen wir bei den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, wenn Werke wie in Luckenwalde geschlossen werden. Gehen wir zu Demo, wenn demokratisch und solidarisch gegen die Krise demonstriert wird. Zeigen wir uns den Leuten, seien wir sichtbar. Es ist eine schwere Zeit. Aber nicht die erste für uns. Wir können das bestehen, wir können daraus Veränderung bewirken. Packen wir es an!